



## **Landesversammlung Westfalen – Lippe vom 22.09.2010**

### **Antrag Nr: 2**

#### **Wiederholte Ablehnung der eGK**

**Die Delegierten zur Landesversammlung Westfalen – Lippe fordern** die Bundesregierung auf, das Projekt elektronische Gesundheitskarte endgültig aufzugeben.

Insbesondere wehren sich die Delegierten gegen die Umfunktionierung von Zahnarztpraxen in Außenstellen der Krankenkassen, um Versichertendaten zu kontrollieren.

#### **Begründung:**

Die für die Einführung der eGK benötigten Geldmittel in Milliardenhöhe können sinnvoller für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung eingesetzt werden.

Ein Nutzen der eGK im zahnärztlichen Bereich ist nicht erkennbar.

Das sensible Arzt –Patientenverhältnis wird durch die Datenüberprüfungs-Praxis empfindlich gestört.

Die weiterhin geplanten Zusatzfunktionen der eGK (Notfalldaten, elektronischer

Arztbrief) stehen in keiner Relation zu den tatsächlichen Kosten für die Einführung des Systems.

#### **Einstimmig angenommen**